

DOI: 10.5771/0342-300X-2019-1-39

Working-class environmentalism und sozial-ökologische Transformation

Widersprüche der imperialen Lebensweise

Lohnabhängige und Gewerkschaften werden selten als Akteure einer sozial-ökologischen Transformation wahrgenommen. Das liegt daran, dass die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand lange Zeit von einem naturzerstörenden Wirtschaftswachstum abhängig gemacht wurde. Die Krisen der jüngeren Zeit deuten jedoch auf ein Ende dieser Konstellation hin. Für viele Lohnabhängige erscheinen die mit dem Wachstum verbundenen Versprechen als immer weniger einlösbar. Inwieweit öffnet sich in dieser Situation die Chance, das Verhältnis von Arbeit und Umwelt neu zu definieren? Und welche Perspektiven einer sozial-ökologischen Transformation unter aktiver Beteiligung von Lohnabhängigen und Gewerkschaften ergeben sich daraus? ¹

MARKUS WISSEN, ULRICH BRAND

1 Einleitung

Die vorherrschenden Formen des Wirtschaftens und Arbeitens sind ein zentraler Ansatzpunkt jeglicher Strategie der sozial-ökologischen Transformation (WBGU 2011; UNEP 2011b). Es wird zunehmend anerkannt, dass das Niveau des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen in Bereichen wie der industriellen Produktion oder dem Gütertransport gesenkt werden muss. Unklar ist jedoch zum einen, was dabei genau zur Disposition steht: Reicht es aus, die Ökoeffizienz zu steigern, um das Wirtschaftswachstum vom Naturverbrauch dauerhaft zu entkoppeln (siehe zur Diskussion UNEP 2011a)? Sollen die Anstrengungen darauf konzentriert werden, nicht-erneuerbare Ressourcen durch erneuerbare zu substituieren und die Wohlstandsproduktion auf eine andere materielle Grundlage zu stellen (so etwa Fücks 2013)? Oder geht es darum, die Orientierung an Wirtschaftswachstum sowie ressourcen- und emissionsintensiven Wohlstandssteigerungen selbst in Frage zu stellen, die ihr zugrundeliegenden Produktions- und Konsummuster grundlegend zu transformieren und damit letztendlich auch den kapitalistischen Wachstumsimperativ zu überwinden (AK Postwachstum 2016; Brand 2014)?

Zum anderen bleibt offen, welche Rolle Beschäftigte und Gewerkschaften in der sozial-ökologischen Transfor-

mation spielen könnten. In dem viel diskutierten, 420 Seiten starken Transformationsgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU 2011) ist zwar viel von „Pionieren des Wandels“, „global governance“ und „gestaltendem Staat“ die Rede. Die Suche nach dem Wort „Gewerkschaften“ ergibt jedoch null Treffer. Allenfalls tauchen sie als „Arbeitnehmerorganisationen“ in Kapitel 5 unter der Zwischenüberschrift „Gegenkräfte und Widerstände: Lobby- und Interessengruppen“ auf. Kritisiert wird dort, dass sie sich in der Krise nach 2008 gemeinsam mit den Arbeitgeberorganisationen erfolgreich für die Abwrackprämie eingesetzt hätten (ebd., S. 201f.). Diese und andere Kritiken, etwa am Widerstand der IG BCE gegen den Ausstieg aus der Braunkohle, verweisen in der Tat auf ein entscheidendes Problem, das Rätzel und Uzzell (2011) als „jobs versus environment dilemma“ bezeichnet haben (vgl. auch Niedermoser 2017a). Gleichzeitig beinhalten die kritischen Positionen aber die Gefahr, soziale gegen ökologische Fragen, Arbeitsplätze gegen Umweltschutz vorschnell auszuspielen, anstatt sich auf die Suche nach konzeptionellen

¹ Wir danken Thomas Barth, Georg Jochum und Beate Littig sowie dem Kolloquium des DFG-Kollegs „Postwachstums-gesellschaften“ am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, insbesondere Stefanie Graefe, für anregende Kommentare und wichtige Hinweise.

und empirischen Verbindungen zwischen beiden zu begeben. Angesichts der sozial-ökologischen Herausforderung ist dies ein zentrales Versäumnis. Unser Beitrag setzt daran an.

Wir wollen zu der Debatte darüber beitragen, welche Rolle Beschäftigte und Gewerkschaften in der sozial-ökologischen Transformation spielen können. Ein Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Beobachtung, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen in vielen Gesellschaften seit den 1990er Jahren und verschärft durch die Krise 2008ff. verschlechtert haben. Selbst in der deutschen Krisengewinnler-Ökonomie verstetigen sich unter der Oberfläche von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungswachstum Krisenerfahrungen und prägen den Alltag nicht mehr nur von Prekarisierten, sondern zunehmend auch der Kernbelegschaften (Sauer et al. 2018; Dörre et al. 2013; Hürtgen/Voswinkel 2014). In der Automobilindustrie haben Abgasskandale, ökologisch motivierte Kritiken, die Digitalisierung und Elektro-Auto-Quoten auf dem mittlerweile wichtigsten Absatzmarkt, China, einen Strukturwandel eingeleitet, der zahlreiche Arbeitsplätze kosten dürfte (Fraunhofer IAO 2018). Inwieweit leisten diese Krisenerfahrungen der Verteidigung einer ressourcen- und emissionsintensiven Produktions- und Lebensweise Vorschub? Und unter welchen Bedingungen ließen sie sich zugunsten einer sozial-ökologischen Transformation unter aktiver Beteiligung der Lohnabhängigen politisieren? Die empirische Forschung zu dieser Frage steht noch am Anfang, weshalb es vermessener wäre, in diesem Beitrag eine erschöpfende Antwort zu versprechen.² Es geht uns stattdessen vorrangig um konzeptionelle Überlegungen und erste Schlussfolgerungen, die sich daraus im Hinblick auf gewerkschaftliche Politik ziehen lassen.

Zunächst beleuchten wir das Spannungsverhältnis zwischen Arbeit und Umwelt in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Wir tun dies im Lichte unseres Konzepts der *imperialen Lebensweise* (Brand/Wissen 2017), mit dem sich u.E. sowohl die klassenübergreifende Normalität ökologisch zerstörerischer Produktions- und Konsummuster als auch der Klassencharakter der einschlägigen Praxen erklären lassen (Abschnitt 2). Sodann untersuchen wir die innergesellschaftliche Vertiefung, die internationale Ausbreitung sowie die in jüngerer Zeit zunehmend manifest werdende Krisenhaftigkeit und Widersprüchlichkeit

der imperialen Lebensweise (3 und 4). Schließlich erörtern wir – aufbauend auf der wissenschaftlichen Perspektive der politischen Ökologie und dem Konzept der *working-class ecology* – die Voraussetzungen für eine Politisierung der imperialen Lebensweise im Sinne eines *working-class environmentalism* (Barca 2012, Barca/Leonardi 2018), in dem Erwerbsarbeit, reproduktive Arbeit und Ökologie³ in ein neues Verhältnis zueinander treten (5).

2 Die imperiale Produktions- und Lebensweise

Der Begriff der *Lebensweise* hat auf den ersten Blick wenig mit Arbeit und Produktion zu tun. Seine terminologische Verwandtschaft mit dem Konzept des *Lebensstils* ruft eher die Assoziation von individuellen Konsumentscheidungen und Lebensentwürfen hervor. Kurzum, er scheint sich primär auf die Sphäre des Konsums zu beziehen. Dies ist jedoch mit dem Begriff nicht beabsichtigt. Wir interessieren uns zwar durchaus für den individuellen Konsum, aber eben wesentlich auch für den im Marx'schen Sinne *produktiven* Konsum, d.h. die Verwandlung von Produktionsmitteln in „Produkte von höherem Wert als dem des vorgeschossenen Kapitals“ durch die Arbeitskräfte und den „Konsum“ von Arbeitskraft durch den Kapitalisten (Marx 1988 [1867], S. 596). Lebensweise bedeutet folglich nicht nur Konsum, sondern umfasst auch die Produktion und – hier gehen wir in Übereinstimmung mit der feministischen Kritik über Marx hinaus – den Gesamtprozess gesellschaftlicher Reproduktion, der auch die (unbezahlte) Sorgearbeit beinhaltet. Sie ist zudem nicht einfach das Resultat intentionalen Handelns und strategischer Entscheidungen. Als hegemonietheoretische Kategorie verweist „Lebensweise“ darauf, dass sich Konsum nicht auf den Akt des Kaufens reduzieren lässt (Niedermoser 2017b, S. 168ff.). Sie beleuchtet vielmehr die Geschichte, die lange vor dem Moment des Handelns und des Treffens von (Konsum-)Entscheidungen beginnt und den Subjekten nicht notwendigerweise bewusst ist. Die „Wahrheit der Interaktion“, so schreibt Bourdieu (2009, S. 181), gründet „nie gänzlich in dieser selbst“. Handlungen und Entschei-

2 Wir forschen seit Juni 2018 zu dieser Thematik, und zwar im Rahmen des Projekts „Social-Ecological Transformation: Industrial Conversion and the Role of Labour“, finanziert vom österreichischen Klima- und Energiefonds (KLIEN; Projektnummer KR17 ACo K13759). In einem weiteren einschlägigen Projekt, das von der zur Otto-Brenner-Stiftung gehörigen Stiftung Neue Länder am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena finanziert wird (Karina Becker, Antje Blöcker, Klaus Dörre, Thomas Engel, Madeleine Holzschuh), werden seit Mai 2018 die Beschäf-

tigtenperspektiven auf den Strukturwandel und die Konversionschancen der Automobilindustrie in den ostdeutschen Bundesländern empirisch untersucht.

3 Reproduktive Arbeit und Ökologie zeichnen sich dadurch aus, dass kapitalistische Produktion konstitutiv auf sie angewiesen ist und sie zugleich unsichtbar macht und zu beschädigen oder gar zu zerstören droht, weil sie nicht im kapitalistischen Sinn Wert schaffend sind (vgl. Biesecker/von Winterfeld 2014, S. 4; Aulenbacher et al. 2014, S. 211).

dungen sind eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext, der sie als rational oder normal erscheinen lässt und der sich in den Subjekten, die sie ausführen bzw. treffen, habituell verfestigt hat. Um „individuelle“ Entscheidungen zu begreifen, muss der Habitus, die „Natur gewordene, das heißt inkorporierte Kultur, Körper gewordene Klasse“ (Bourdieu 1987, S. 307), müssen also die von den Subjekten verinnerlichteten Verhältnisse von Klasse, Geschlecht und rassistischer Diskriminierung berücksichtigt werden. Ein Autokauf beispielsweise ist gewiss eine individuelle Entscheidung. Wer sie aber verstehen möchte, muss sich mit den vorherrschenden Männlichkeitsbildern und Freiheitsvorstellungen sowie mit dem täglichen Kleinkrieg auf den Straßen auseinandersetzen; ferner muss er die systematische, in die gebaute Umwelt eingeschriebene sowie durch Steuerpolitik und Subventionen abgesicherte Privilegierung des Autos gegenüber kollektiven und umweltfreundlicheren Transportmitteln in Rechnung stellen und darf schließlich auch die ungleichen internationalen Verhältnisse nicht unberücksichtigt lassen, die den Zugang zu den fossilen und metallischen Ressourcen gewährleisten, ohne die kein Auto gebaut und fortbewegt werden könnte.

Wir verwenden den Begriff der Lebensweise als Strukturkategorie, die nicht die empirisch vorfindliche Mannigfaltigkeit sozialen Lebens und gesellschaftlicher Naturverhältnisse vereinheitlichen will. „Lebensweise“ – im Singular – soll einen globalen Strukturzusammenhang anzeigen, in dem die Individuen stehen. Das Adjektiv *imperial* verweist dabei auf die (globalen) sozialen und ökologischen Voraussetzungen der Lebensweise kapitalistischer Gesellschaften: Wie reproduzieren sich herrschaftsförmige soziale Verhältnisse und damit Gesellschaften, worauf basieren sie bio-physikalisch, politisch, ökonomisch, kulturell-subjektiv? Und wie lassen sich Prozesse der gesellschaftlichen Reproduktion in ihren produktiven, hierarchisierenden und (gegenüber bestimmten Menschen, Gruppen, Regionen, Natur) gleichzeitig zerstörerischen Dynamiken begreifen? „Produktiv“ ist nicht affirmativ gemeint, sondern bezieht sich auf die Herstellung von sozialen Formationen und den ihnen zugrundeliegenden Institutionen, Produktions- und Konsummustern, die macht- und herrschaftsförmig organisiert sind.

Unsere Annahme ist, dass die tief in den Alltagsverhältnissen verankerten Produktions- und Konsummuster, die die Lebensweise vor allem in den frühindustrialisierten kapitalistischen Gesellschaften konstituieren, den überproportionalen Zugriff auf Natur und Arbeitskraft in einem globalen Maßstab voraussetzen. Der entwickelte Kapitalismus ist dadurch gekennzeichnet, dass er eines weniger entwickelten bzw. nicht-kapitalistischen geografischen und gesellschaftlichen „Außens“ bedarf, aus dem er Rohstoffe und Vorprodukte bezieht, auf das er soziale und ökologische Kosten verlagert und in dem er sich sowohl bezahlte Erwerbs- als auch unentgeltlich erbrachte Sorgearbeitsleistungen aneignet (Biesecker/von Winterfeld 2014). Die imperiale Lebensweise beruht deshalb auf Ex-

klusivität, sie ist nicht verallgemeinerbar, und sie setzt eine herrschaftsförmige, imperialistische Weltordnung voraus, die sie in unzähligen Akten des Produzierens und Konsumierens normalisiert und in ihrer Herrschaftsförmigkeit eben dadurch zum Verschwinden bringt. Dabei bleibt die imperiale Lebensweise umkämpft, es gehen immer auch alternative und subversive Deutungen, Wünsche und Praxen in sie ein. Insofern beinhaltet Lebensweise immer eine widersprüchliche Gleichzeitigkeit von Integration und Unterwerfung einerseits und Subversion andererseits.

Wir verstehen die *imperiale Lebensweise* als eine hegemonietheoretische Kategorie, die den Alltag der Menschen mit den gesellschaftlichen und internationalen Strukturen verbindet und die sozial-ökologisch nicht verallgemeinerbaren Voraussetzungen kapitalistischer Produktions- und Konsummuster sichtbar macht. Als solche bezieht sie sich auch auf die Art des Arbeitens und Produzierens in kapitalistischen Gesellschaften. Die materiellen, organisatorischen und wertmäßigen Formen der Lohnarbeit sind in vielen Fällen – und insbesondere in den produktiven Industrien mit relativ hohen Löhnen – direkt mit dem Weltmarkt verbunden: Die Vorprodukte und Rohstoffe aus anderen Regionen verbilligen die Produktion; ein Großteil der Wertschöpfung in transnationalen Unternehmen findet in den Zentren statt; dies ermöglicht, gepaart mit der strukturellen, Organisations- und institutionellen Macht der Erwerbstätigen,⁴ relativ hohe Löhne, eine gut entwickelte öffentliche Infrastruktur und Leistungen der Daseinsvorsorge; die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft werden auch durch die Vorleistungen aus Ländern mit niedrigeren Löhnen sowie geringeren Sozial- und Umweltstandards niedrig gehalten.

Das beinhaltet eine Hierarchisierung im globalen Maßstab: Die Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Ökonomien des globalen Südens sind mit den in ihnen vorherrschenden Formen der Ressourcenextraktion, Industrie- oder Dienstleistungsproduktion seit Beginn des Kolonialismus wesentlich an den wirtschaftlichen Bedürfnissen der kapitalistischen Zentren ausgerichtet. Innergesellschaftliche Klassen-, Geschlechter- und rassisierte Verhältnisse sind nicht ausschließlich, aber wesentlich daran orientiert. Dies ist der Kern des Begriffs der „Kolonialität der Macht“ des peruanischen Soziologen Aníbal Quijano (2016). Dass Europa zum vermeintlichen Zentrum der Moderne wurde, ist demzufolge ein langer und von Macht durchdrungener historischer Prozess. Insbesondere wurde im Zuge der Kolonisierung *raza* „zum ersten Hauptkriterium für die Einteilung der Weltbevölkerung in Rangstufen, Stellungen und Rollen in der Machtstruktur“ der kolonisierten Gesellschaften. Es wurden hierarchisierte Identitäten geschaffen, die mit der Hautfarbe zusammen-

4 Zur Typologisierung von Machtressourcen siehe Schmalz/Dörre (2014).

hingen, eine „systematisch rassialisierte Arbeitsteilung“ wurde durchgesetzt (ebd., S. 29ff.).⁵

Der Begriff der imperialen Lebensweise nimmt diese herrschaftsförmigen Interdependenzen zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden sowie innerhalb der betreffenden Gesellschaften in den Blick. Vor allem geht es uns darum zu erklären, dass und wie Herrschaft im neokolonialen Nord-Süd-Verhältnis, in den Klassen- und Geschlechterverhältnissen sowie durch rassisierte Verhältnisse in den Praxen des Konsums und der Produktion normalisiert wird, sodass sie nicht länger als solche wahrgenommen wird. Mit dem Begriff ist nicht intendiert, die gesellschaftlichen Gegensätze innerhalb des globalen Nordens und des globalen Südens zugunsten eines scheinbar alles überlagernden imperialistischen Nord-Süd-Gegensatzes zum Verschwinden zu bringen.⁶ Gerade auch aus einer ökologischen Perspektive ist es zentral, dass die imperiale Lebensweise von den Lohnabhängigen des globalen Nordens *subaltern reproduziert* wird: Sie partizipieren – in unterschiedlichem Maße – an ihr, weil sie die Möglichkeit dazu haben und davon profitieren *und* weil sie „nicht anders können“ (Lessenich 2016, S. 51), das heißt, weil sie für die Sicherung ihrer eigenen Existenz darauf angewiesen sind. Zwar sind auch Kapitalistinnen und Kapitalisten vermittelt über den Konkurrenzmechanismus zu sozial und ökologisch zerstörerischen Praxen gezwungen – zumindest gibt es hierzu einen starken Anreiz, der in der strukturellen Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise angelegt ist, „negative Externalitäten“ zu produzieren (Wright 2010, S. 59ff.). Aber sie nehmen in diesem Prozess eine *herrschende* Position ein. Lohnabhängige, die im Produktionsprozess andernorts extrahierte Rohstoffe verarbeiten, die fossilistische Infrastrukturen (Energieversorgung, Automobilität) nutzen oder die unter hohem Energie- und Materialaufwand Massenkonsumgüter herstellen bzw. verkaufen, tun dies zumeist, weil ihnen die Alternativen fehlen, das heißt, weil sie nichts anderes zu verkaufen haben als ihre eigene Arbeitskraft; und die Käufer dieser Arbeitskraft profitieren ebenso von deren Ausbeutung wie von der Ausbeutung der Natur und der Arbeitskräfte an anderen Orten der Welt. Mit anderen Worten: Lohnabhängige partizipieren an der imperialen Lebensweise und reproduzieren diese als *Beherrschte*. Dazu kommt, dass sie als Konsumentinnen und Konsumenten von dieser Lebensweise materiell in einem deutlich geringeren Maße profitieren und durch die Menge sowie durch die Art und Weise ihres Konsumierens geringere sozial-ökologische Kosten produzieren und externalisieren, als dies die Mittel- und Oberklassen tun (Kleinhüchelkotten et al. 2016).

3 Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise

Nicht selten wurden die materiellen Zugewinne, die die imperiale Lebensweise den Lohnabhängigen ermöglicht, mit gesundheitlichen Belastungen erkaufte. Dies galt etwa für die Arbeitskräfte in den sich industrialisierenden Ländern des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, insofern sie die gesundheitlichen Folgen der Industrialisierung am Arbeitsplatz und in ihren Wohnquartieren viel stärker zu spüren bekamen als die Angehörigen der Mittel- und Oberklassen. Konsumseitig waren sie dagegen nur marginal und – wie das Beispiel des aus den Kolonien importierten Zuckers zeigt, der als Energielieferant für die überausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter fungierte (Osterhammel 2011, S. 338) – kaum zum eigenen Nutzen in die imperiale Lebensweise involviert. Ihr individueller Konsum auch von Produkten, die auf kolonialer Ausbeutung beruhten, war „produktiv für den Kapitalisten und den Staat, denn sie [war] Produktion der den fremden Reichtum produzierenden Kraft.“ (Marx 1988 [1867], S. 598)

Dies änderte sich mit der Durchsetzung eines fossilistischen (auf der Verbrennung fossiler Energieträger beruhenden) Energieregimes, das die Grundlage für eine gesellschaftliche Verallgemeinerung imperialer Konsummuster bildete: Die hochgradig zentralisierten Produktionsstätten und Infrastrukturen des zunächst auf Kohle gründenden Energieregimes waren für Unterbrechungen und Streiks stark anfällig. Den Arbeiterinnen und Arbeitern war es möglich, der Gesellschaft durch gezielte Aktionen reproduktionsnotwendige Leistungen vorzuenthalten, sprich: die Energieversorgung zu unterbrechen. Ihre *Produktionsmacht* nahm dadurch zu, während gleichzeitig ihre *Organisationsmacht* durch ihre räumliche Konzentration in vertikal integrierten Großfabriken und der extraktiven Industrie gesteigert wurde. Wie Timothy Mitchell (2011) gezeigt hat, nutzte die Arbeiterklasse ihren Machtzuwachs als Hebel im Kampf um politische und soziale Rechte, die überall in den Ländern des globalen Nordens nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeweitet wurden. Mit dem Bedeutungsgewinn des Erdöls als der zentralen energetischen Ressource des Fordismus schwächte sich dieser Zusammenhang zwischen Produktionsmacht und Energieträger zwar ab – Extraktion und Transport wurden nun kapitalintensiver, und das räumlich weit ausgreifende Netzwerk aus Lagerstätten, Pipelines und Tankerflotten war gegenüber Arbeitskämpfen weit weniger vulnerabel als die Infrastrukturen des Kohle-basier-

5 Noch systematischer als Quijano hat Georg Jochum (2016) den Zusammenhang zwischen Kolonialität und Arbeit herausgestellt.

6 Dass wir unsere Argumentation in diesem Punkt schärfen müssen, haben jüngst die wichtigen Kritiken von Klaus Dörre (2018a, 2018b) und Thomas Sablowski (2018) gezeigt.

ten Energieregimes. Allerdings revolutionierte das Erdöl die *Lebensweise* der Arbeiterklasse (Wissen 2016, S. 50f.): Eine erdölbasierte Konsumnorm bildete sich heraus, ermöglichte bis dahin nicht gekannte Wohlstandszuwächse, band die Lohnabhängigen über den individuellen Besitz bzw. Konsum von Waren aus der Massenproduktion enger denn je an den Kapitalismus und seine Wachstumslogik (vgl. Aglietta 1979, S. 152ff.) und machte die Verfügbarkeit von billigem Öl zu einem zentralen Moment auch der Reproduktion der Arbeiterklasse. „Petroleum not only was the material basis for countless products themselves (e. g., plastics, clothing, and medicine), but also its centrality as transportation fuel ensured that even if products were not made with petroleum, they were distributed and consumed via petroleum-based modes of mobility.” (Huber 2013, S. 180f.)

Die gesellschaftliche Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise, die in der Frühzeit des Kapitalismus auf den Handel, den produktiven Konsum und den (Luxus-) Konsum der Oberklassen beschränkt war, ging einher mit einer Verschärfung der Ökologie-Problematik (Extraktion und Verbrennung fossiler Energieträger), mit neokolonialer Herrschaft (im Verhältnis zwischen erdölimportierenden und -exportierenden Ländern) und mit patriarchalen Geschlechterverhältnissen (wie sie etwa durch die Auto-zentrierte Raumstruktur der Eigenheim-Suburbanisierung, die eine Verbindung von Erwerbs- und reproduktiver Arbeit nahezu unmöglich machte, auf Dauer gestellt wurden). Das berühmte Diktum von Marx (1988 [1867], S. 530), dass die kapitalistische Produktion „die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“, wurde mithin dahingehend modifiziert, dass die Untergrabung der Lebensbedingungen von Arbeiterinnen und Arbeitern im globalen Norden durch den Zugriff auf billige Natur und Arbeitskraft im globalen Süden sowie auf unentgeltliche reproduktive Arbeit im globalen Norden selbst gemildert werden konnte (vgl. Röttger/Wissen 2017). Die Ambivalenz, die die imperiale Lebensweise aus Sicht der Lohnabhängigen im globalen Norden seit Mitte des 20. Jahrhunderts kennzeichnet, wird hier deutlich. Die imperiale Lebensweise ist gleichzeitig Notwendigkeit *und* Versprechen, Zwang *und* Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten, wobei die ermöglichenden Elemente mit dem Fordismus für die Lohnabhängigen an Bedeutung gewannen (Brand/Wissen 2017, S. 43ff.).

4 Expansion und Krise der imperialen Lebensweise

Dies sollte allerdings nicht dazu verleiten, den Klassencharakter der imperialen Lebensweise zu leugnen und ökologische Zerstörungen sowie gesundheitliche Belastungen primär als klassenübergreifende „Risiken“ zu begreifen (Beck 1986). Ein Blick auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Montanregionen und industriellen Zentren des fordistischen Kapitalismus zeigt, dass die Wohlstandszuwächse oft nur die Kehrseite von Umweltbelastungen waren, unter deren gesundheitlichen Folgen vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ihre Familien zu leiden hatten (Barca/Leonardi 2018, Hildebrandt 2000). Heute verdichten sich zudem die Anzeichen, dass die von Alain Lipietz (1998) diagnostizierte „Familienähnlichkeit“ sozialer und ökologischer Widersprüche und Bewegungen wieder stärker in den Vordergrund tritt. Zwar entfaltet das Versprechen der imperialen Lebensweise auf materiellen Wohlstand noch immer eine starke globale und klassenübergreifende Anziehungskraft, seine Einlösbarkeit wird jedoch für viele zunehmend fraglich.

Das liegt zum einen an der zunehmenden sozialen Ungleichheit im globalen Norden, die es immer mehr ärmeren Menschen verunmöglicht, an der imperialen Lebensweise in einem Ausmaß zu partizipieren, das dem der Mittel- und Oberklassen auch nur annähernd vergleichbar ist.⁷ Zum anderen hat sich der Nord-Süd-Konflikt um die Teilhabe an der imperialen Lebensweise in jüngerer Zeit intensiviert. Ein Symptom dafür sind die Flucht- und Migrationsbewegungen, die darauf hindeuten, dass immer mehr Menschen aus dem globalen Süden nicht länger bereit sind, sich von den Externalisierungsfolgen der imperialen Lebensweise des globalen Nordens ihr Leben zerstören zu lassen, und die stattdessen danach streben, selbst an den Annehmlichkeiten dieser Lebensweise teilzuhaben. Ein Symptom ist aber auch der ökonomische Aufstieg von Ländern wie China und Indien sowie die damit einhergehende räumliche Ausdehnung jener Produktions- und Konsummuster, die die imperiale Lebensweise konstituieren. Die aufsteigenden Länder werden nun selbst von einem Außen abhängig, von dem sie Rohstoffe beziehen, auf dessen Arbeitsvermögen sie zugreifen und auf das sie ihre sozial-ökologischen Kosten verlagern können.⁸ Sie

7 Siehe hierzu auch Dörre (2018a, S. 13): Es kann „mit Fug und Recht bezweifelt werden, dass die 45 reichsten Haushalte, die in der Bundesrepublik über einen Vermögensanteil verfügen, der in etwa dem der ärmeren Bevölkerungshälfte entspricht, mit jener Million Menschen, die seit Bestehen der Grundsicherung Hartz IV niemals aus dem Leistungsbezug herausgekommen sind, durch eine gemeinsame Lebensweise, ein hegemoniales Glücksversprechen verbunden sind.“

8 China etwa verlagert ökologische Kosten in Gestalt von Treibhausgasemissionen im Rahmen des Projekts „Neue Seidenstraße“ in andere Länder. Siehe dazu den instruktiven Aufsatz von Federico Demaria und Joan Martinez-Alier (2017). Die Autoren weisen darauf hin, dass chinesische Unternehmen im Zuge dieses Projekts bereits in 240 Kohle-Kraftwerke investiert und damit dazu beigetragen haben, Umweltschäden und -konflikte räumlich zu verlagern (siehe auch Hoering 2018).

steigen also nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch zu Konkurrenten der frühindustrialisierten Länder des globalen Nordens auf. Dadurch verschärfen sich die öko-imperialen Spannungen, und sie entladen sich in der Konkurrenz um Rohstoffe und Senken.

Die im globalen Norden dominierenden Leitbilder, Politiken und Alltagspraxen, deren Diffusion in den globalen Süden sowie die Teilhabeansprüche, die sich für viele nur auf dem Weg von Flucht oder Migration verwirklichen lassen, zeigen, dass die imperiale Lebensweise als Möglichkeit oder Versprechen zwar nach wie vor attraktiv ist. Allerdings lassen die Zuspitzung von Krisenphänomenen wie der Klimawandel und die weltweit zunehmenden Konflikte um CO₂-Senken sowie um fossile, metallische und agrarische Rohstoffe kaum mehr einen Zweifel daran zu, dass das Versprechen nur mehr höchst exklusiv in Erfüllung gehen kann. Und das gilt nicht nur in geografischer Hinsicht, also im Nord-Süd-Verhältnis, sondern auch in sozialer Hinsicht, d.h. innerhalb des globalen Nordens selbst. Je mehr sich die öko-imperialen Spannungen verschärfen, die aus der Verallgemeinerung des Nicht-Verallgemeinerbaren resultieren, werden sich „die ökologischen Verwerfungen in den Zentren auch ökonomisch und sozial bemerkbar machen“ (Dörre 2013, S. 151, siehe auch Dörre/Becker 2018) – etwa in Gestalt von Preissteigerungen bei Waren, für deren Herstellung sogenannte „kritische Rohstoffe“ benötigt werden.⁹

Diese Konstellation beinhaltet die höchst reale Gefahr eines neuen Autoritarismus, der die Stabilisierung der imperialen Lebensweise durch Abschottung der Grenzen, Abschiebung von Migrantinnen und Migranten sowie nationalistische Wirtschaftspolitiken im Sinne der Herrschenden verspricht.¹⁰ Eine andere Strategie besteht darin, den sich häufenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisenphänomenen mit Maßnahmen einer ökologischen Modernisierung zu begegnen, wie sie seit jüngerem unter der Leitidee einer „grünen Ökonomie“ gebündelt werden (siehe etwa UNEP 2011b). Während die autoritäre Stabilisierung der imperialen Lebensweise aus einer emanzipatorischen Perspektive aufs Schärfste zurückzuweisen und zu bekämpfen ist, greift die ökologische Modernisierung insofern zu kurz, als sie die „strukturelle Nicht-Nachhaltigkeit“ (Sommer/Welzer 2014, S. 37 sowie Kapitel 4) der kapitalistischen Produktionsweise letztlich unangetastet lässt: Sie nimmt die energetische und stoffliche Basis des Kapitalismus in den Blick, nicht aber dessen politische Ökonomie und die darin eingeschriebene Logik des Immer-Mehr (Altwater 1996, Rilling 2011). Deshalb dürfte sie kaum in der Lage sein, das Wirtschaftswachstum absolut vom Naturverbrauch zu entkoppeln (Wiedmann et al. 2013). Die Externalisierungslogik der imperialen Lebensweise dürfte in einer grün-kapitalistischen Ökonomie eher auf andere Bereiche (z. B. auf metallische Rohstoffe, die gegenüber fossilen an Bedeutung gewinnen) verlagert, nicht aber überwunden werden (siehe hierzu etwa Exner et al. 2016, Groneweg et al. 2017). Und was die in

den einschlägigen Modernisierungsstrategien anvisierten *green jobs* betrifft, so wird zum einen deren oft schlechte Arbeitsqualität bemängelt; zum anderen wird kritisiert, dass die Frage der Arbeitszeitverkürzung, der Arbeitsumverteilung und eines Arbeitsbegriffs, der auch Tätigkeiten jenseits von Erwerbsarbeit umfasst, gar nicht erst aufgeworfen wird (Littig 2012).

Eine zentrale Herausforderung bleibt deshalb, Strategien zu entwickeln, die die vorherrschenden Produktions- und Konsummuster viel grundlegender hinterfragen und die mit dem kapitalistischen „Modus dynamischer Stabilisierung verknüpften Steigerungsimperative“ (Rosa 2019) stillstellen. Das ist u.E. nicht nur ein Gebot sozial-ökologischer Gerechtigkeit und der von der internationalen Gewerkschaftsbewegung geforderten *just transition* (vgl. Flemming/Brand 2017), sondern setzt auch an den derzeit manifest werdenden Widersprüchen an, d.h. an dem Umstand, dass sich auch im globalen Norden die ökologische Frage zunehmend als soziale Frage stellt und die ökologischen Implikationen von Klassen- und Geschlechtergegensätzen sowie von rassistischen Diskriminierungen wieder sichtbar werden. Für die *politische Ökologie* als kritische wissenschaftliche Perspektive und für viele Bewegungen, die sich im globalen Süden sowie in Teilen des globalen Nordens für Umweltgerechtigkeit einsetzen, war die Verbindung von Sozialem und Ökologischem immer schon konstitutiv. Ihr Interesse bzw. ihr Protest entzündete sich wesentlich an der „unequal distribution of environmental costs“ (Barca/Leonardi 2018, S. 489f.). Diese Erfahrungen und Konzepte aufgreifend loten wir abschließend die Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Transformation aus, die Fragen von Erwerbsarbeit, reproduktiver Arbeit und Ökologie gleichermaßen und in ihrem konstitutiven Zusammenhang in den Blick nimmt.

5 Ansatzpunkte eines *working-class environmentalism*

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist, dass Arbeit das Medium des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur ist: „as a primary agent of energy and matter transformation through the labor process, workers – broadly

9 Auch vor diesem Hintergrund sind die in jüngerer Zeit intensivierte rohstoffpolitischen Bemühungen der EU zu sehen. Siehe etwa die einschlägige Mitteilung der Europäischen Kommission, die unter anderem eine „aktive ‚Rohstoffdiplomatie‘“ vorsieht (Europäische Kommission 2011, S. 16).

10 Siehe hierzu die PROKLA-Ausgabe Nr. 190 mit dem Schwerpunkt „Autoritärer Populismus“, hier vor allem die Beiträge von Eversberg (2018) und Sablowski/Thien (2018).

defined as those performing physical labor, including non-paid housekeeping and life-supporting work – are the primary interface between society and nature” (Barca 2012, S. 75). Das ist nicht trivial. Es begründet vielmehr, wie Stefania Barca betont, die Besonderheit eines *working-class environmentalism* als spezifische Ausprägung des von Joan Martinez-Alier (2002) so bezeichneten *environmentalism of the poor*. Dieser unterscheidet sich von einem *upper and middle class environmentalism* darin, dass es ihm weniger um Naturschutz – sprich: um den Schutz der Natur vor den destruktiven Einflüssen „des Menschen“ – geht, sondern um die untrennbare Verbindung zwischen gesellschaftlicher Reproduktion, menschlicher Gesundheit und einer intakten Umwelt.¹¹ Die Sorge um die Natur resultiert hier weniger aus abstrakten, oft globalen und zukünftigen Bedrohungslagen, sondern aus dem Wissen und der Erfahrung, dass (kapitalistische) Naturbeherrschung sehr konkret, lokal und gegenwärtig das Leben und die Gesundheit der Subalternen bedroht. Letztere tragen für diese Bedrohung deutlich weniger Verantwortung und sind ihr gleichzeitig deutlich stärker ausgesetzt als die Mittel- und Oberklassen. Naturbeherrschung ist dabei oft untrennbar mit sozialer Herrschaft verbunden (Bryant/Bailey 1997, S. 38ff.). Das ist beispielsweise die Erfahrung von Kleinbäuerinnen und -bauern, deren Existenz durch die monopolistische Kontrolle von Saatgut seitens der Agrarindustrie bedroht ist, ebenso wie von Arbeiterinnen und Arbeitern, die nicht nur in der Produktion, sondern auch in ihren Wohngebieten den toxischen Substanzen und Emissionen von Industriebetrieben ausgesetzt sind. Der Kampf gegen die Zerstörung von Natur wird aus ihrer Perspektive zum entscheidenden Ansatzpunkt von sozialer Emanzipation und umgekehrt.¹²

Wie gesehen stellt sich der Zusammenhang von sozialer Herrschaft und Naturbeherrschung räumlich und zeitlich unterschiedlich dar. Er ist abhängig von den Kämpfen um verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen, vom Energieregime und von der Stellung eines Landes in der internationalen Arbeitsteilung. Mitunter, das haben wir oben unter Verweis auf Mitchells Arbeit zur (fordistischen) *carbon democracy* angesprochen, kann eine Steigerung der Naturbeherrschung auch mit einer Ausweitung von sozialen und politischen Rechten einhergehen. Eine Bedingung dafür ist, dass die betreffenden Gesellschaften eine privilegierte Position in der internationalen Arbeitsteilung einnehmen, die es ihnen ermöglicht, die sozial-ökologischen Kosten der Naturzerstörung auf andere, schwächere Akteure bzw. marginalisierte Räume zu verlagern. Wie ebenfalls erörtert hebt eine solche Konstellation den Zusammenhang zwischen sozialer und Naturbeherrschung jedoch auch in den externalisierenden Gesellschaften selbst nie ganz auf. Zudem sprechen die bisherigen Erfahrungen dafür, dass sie nicht von Dauer ist. Der fordistische Klassenkompromiss rief, lange bevor er kapitalseitig aufgekündigt wurde, Gegenbewegungen hervor. Diese griffen die ungleichen Geschlechter-, Na-

tur- und Nord-Süd-Verhältnisse, auf denen der Klassenkompromiss beruhte, ebenso an, wie sie die Dominanzverhältnisse politisierten, die dem tayloristischen Fabrikregime und den mit ihm korrespondierenden Wohn- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen innewohnten (vgl. Gehrke/Horn 2018).

In den emanzipatorischen Gegenbewegungen seit 1968 deutete sich immer wieder an, dass die soziale und die ökologische Frage auch im globalen Norden nicht länger getrennt voneinander begriffen und bearbeitet werden können. Das ist heute wie gesehen aktueller denn je. Dennoch stellt sich die Verbindung zwischen beiden nicht automatisch her. Sie setzt vielmehr die produktive Bearbeitung eines Spannungsverhältnisses voraus, bei der gerade auch die Gewerkschaften gefordert sind (vgl. Brand/Niedermoser 2017). Wir sehen zwei Herausforderungen, denen sich progressive Bewegungen in der Vergangenheit immer wieder gestellt haben, ohne ihnen aber umfassend gerecht zu werden. Sie anzunehmen und zu bearbeiten halten wir für entscheidend, um die sich immer destruktiver darstellende imperiale Lebensweise heute zu überwinden.

Die *erste* Herausforderung liegt in der Entwicklung von Allianzen zwischen progressiven Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen. In den Worten von Hans-Jürgen Urban (2018, S. 347) geht es für die Gewerkschaften um eine „strategische Orientierung, eigene Machtressourcen durch die Kooperation mit anderen Bewegungen, Initiativen und Organisationen zu ergänzen“. Die Aufgabe bestehe darin, „eine *neue Kultur mosaiklinker Allianzen* zu entwickeln [...] letztlich mit systemtransformativen Intentionen“. Damit ist es in der Vergangenheit durchaus gelungen, ökologisch und gesundheitlich destruktive Produktionsmuster sowie Arbeits- und Lebensbedingungen wirksam zu kritisieren. Ein Beispiel hierfür sind die programmatischen Aktivitäten zum Themenkomplex „Auto, Umwelt, Verkehr“, die aus einer Kooperation zwischen IG Metall und Deutschem Naturschutzring resultierten (IG Metall/Deutscher Naturschutzring 1992).

Allerdings darf – darin sehen wir die *zweite* Herausforderung – der Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit, reproduktiver Arbeit und Ökologie nicht nur *strategisch* hergestellt, sondern muss auch als *organischer* begriffen werden. Strategisch ist der Zusammenhang dann, wenn, wie bei Urban, durch das gemeinsame Politisieren von Erwerbsarbeits-, Reproduktions- und ökologischen Fragen bzw. durch Bündnisse zwischen den entsprechenden Kräf-

11 Hans-Jürgen Urban (2018) nimmt mit dem Begriff der „Ökologie der Arbeit“ aus ähnlicher Perspektive diesen Zusammenhang, nämlich jenen der Reproduktion der Arbeitskraft, der Gesellschaft und der Natur, in den Blick.

12 Siehe die Kartographie und Analyse sozial-ökologischer Konflikte, wie sie von dem EU-FP7-Projekt „Environmental Justice Organisations, Liabilities and Trade“ vorgenommen wurde (<http://www.ejolt.org/>).

ten deren gesellschaftliche und Produktionsmacht gesteigert wird. Das ist wichtig, weil daraus konkrete, nicht zu vernachlässigende Verbesserungen resultieren können. Jedoch besteht die Gefahr, dass diese nicht über eine ökologische Modernisierung der imperialen Lebensweise hinausreichen. Organisch wird der Zusammenhang hingegen, wenn Erwerbsarbeit, Ökologie und reproduktive Arbeit in ihrer konstitutiven Verbindung begriffen und politisiert werden. In den sozialen Kämpfen geht es dann nicht mehr nur darum, die Position der Handelnden in ihrem jeweiligen Bereich zu stärken. Die Kämpfe werden vielmehr so geführt, dass progressive Veränderungen in allen drei Bereichen als sich wechselseitig voraussetzend begriffen werden.

Die Aufgabe, die sich den Gewerkschaften in diesem Kontext stellt, ist "to reinvent themselves as social movements, not only responsible for the working conditions of their members, but for their general living conditions as well" (Rätzzel/Uzzell 2011, S. 13f.). Das ist kein leichtes Unterfangen, und es wird umso schwerer, je mehr es um Industrien geht, deren Zukunft aus ökologischen Gründen fragwürdig ist. Dazu gehört der Braunkohle-Bergbau, aber auch die Autoindustrie in ihrer heutigen Form. Industriepolitische Konzepte, die der Tragweite des anstehenden Wandels gerecht werden, gibt es bisher kaum. Orientierung geben könnten jedoch die Konversionsdebatten und -ansätze der 1970er und 1980er Jahre (siehe für einen Überblick Röttger 2010), und zwar insofern, als hier die Sicherung von Arbeitsplätzen an die Produktion gesellschaftlich sinnvoller Güter und Dienstleistungen gekoppelt wurde. Das entscheidende Konzept hier ist die gebrauchswertorientierte Produktion (im Unterschied zur tauschwertorientierten Produktion), die dem Nachhaltigkeitsprinzip der Suffizienz entspricht. Dabei wäre demokratisch auszuhandeln, welche Güter einen gesellschaftlich erwünschten und sinnvollen Gebrauchswert darstellen und gleichzeitig ökologischen Restriktionen Rechnung tragen. Auch wenn die Konversionsdebatten letztlich keine gesellschaftstransformierende Wirkung zeitigten, bleibt von ihnen doch die Erfahrung der prinzipiellen Machbarkeit eines Wandels, der sehr konkret die kapitalistische Tauschwert- und Wachstumslogik in Frage stellt.¹³ Unterstützend wirken kann in diesem Zusammenhang eine Arbeitszeitverkürzung, wie sie – siehe den Abschluss in der Metalltarifrunde 2018 – in gewerkschaftlichen Strategien wieder an Bedeutung zu gewinnen scheint. In dem Maße, wie Produktivitätssteigerungen in freie Zeit statt in höhere Einkommen und mehr Konsum übersetzt werden (was allerdings voraussetzt, dass die Einkommen ein gesellschaftlich festzulegendes Minimum nicht unterschreiten), kann Arbeitszeitverkürzung nicht nur bremsend auf zerstörerisches Wirtschaftswachstum wirken, sondern auch Räume für einen nachhaltigeren Konsum und die Verbindung von reproduktiver und Erwerbsarbeit schaffen (vgl. Liebig 2018, S. 25).

Erwerbsarbeit, reproduktive Arbeit und Ökologie derart in ihrem Zusammenhang zu thematisieren beinhaltet für Gewerkschaften die Chance, durch die Steigerung ihrer gesellschaftlichen Macht zusammen mit anderen progressiven Kräften wieder in die Offensive zu kommen. Solange Fragen der Erwerbsarbeit, der reproduktiven Arbeit und der Ökologie getrennt voneinander diskutiert werden, ist es den Herrschenden ein Leichtes, sie gegeneinander auszuspielen. Umweltschutz geht dann zu Lasten von Arbeitsplätzen, und die nötige „Aufwertung der nicht erwerbsförmi-

gen, aber gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten, vor allem der privaten Sorge- und Pflgetätigkeiten“ (Barth et al. 2018, S. 128), bedroht aufgrund der damit einhergehenden Umverteilung von Arbeitszeit zulasten der Erwerbsarbeit die Interessen einer wichtigen gewerkschaftlichen Klientel. Werden diese Fragen jedoch zusammengedacht, was voraussetzt, sich auf die damit notwendigerweise verbundenen Konflikte im Sinne einer strategischen Neuorientierung einzulassen, dann eröffnet sich die Möglichkeit, den heute dominanten Strategien einer autoritären Stabilisierung bzw. – im günstigeren Fall – einer ökologischen Modernisierung der imperialen Lebensweise mit einer ebenso radikalen wie attraktiven Alternative zu begegnen: einer an gesellschaftlich sinnvoller und ökologisch nachhaltiger Arbeit orientierten, ein gutes Leben für alle ermöglichenden solidarischen Lebensweise. Die gesellschaftsverändernde Kraft eines *working-class environmentalism* liegt darin, dass er Diskurse und Kämpfe zusammenführt, aus deren Trennung der Kapitalismus in der Vergangenheit seine Stärke bezogen hat. ■

LITERATUR

- Aglietta, M.** (1979): A theory of capitalist regulation. The US experience, London
- AK Postwachstum** (2016): Einleitung: Wachstum – Krise und Kritik, in: ders. (Hrsg.): Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise, Frankfurt a. M./New York, S. 9–15
- Altwater, E.** (1996): Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein „zukunftsfähiges Deutschland“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1996, S. 82–91
- Aulenbacher, B. / Dammayr, M. / Décieux, F.** (2014): Herrschaft, Arbeitsteilung, Ungleichheit. Das Beispiel der Sorgearbeit und des Sorgeregimes im Gegenwarts-kapitalismus, in: PROKLA 44 (2), S. 209–224
- Barca, S.** (2012): On working-class environmentalism: a historical and transnational overview, in: Interface 4 (2), S. 61–80
- Barca, S. / Leonardi, E.** (2018): Working-class ecology and union politics: a conceptual topology, in: Globalizations 15 (4), S. 487–503
- Barth, T. / Jochum, G. / Littig, B.** (2018): Nachhaltige Arbeit – die sozial-ökologische Transformation der Arbeitsgesellschaft befördern, in: Gaia 27 (1), S. 127–131
- Beck, U.** (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M.
- Biesecker, A. / von Winterfeld, U.** (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften 02/2014, Jena, Friedrich-Schiller-Universität, http://www.kolleg-postwachstum.de/sozweg/media/dokumente/WorkingPaper/wp2_2014.pdf (letzter Zugriff: 24. 01. 2018)
- Bourdieu, P.** (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M.
- Bourdieu, P.** (2009): Entwurf einer Theorie der Praxis, 2. Aufl., Frankfurt a. M.
- Brand, U.** (2014): Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen grundlegender Wachstumskritik, in: PROKLA 44 (2), S. 289–306
- Brand, U. / Niedermoser, K.** (Hrsg.) (2017): Gewerkschaften und die Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft, Wien
- Brand, U. / Wissen, M.** (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München
- Bryant, R. L. / Bailey, S.** (1997): Third world political ecology, London
- Demaria, F. / Martinez-Alier, J.** (2017): China has a plan – Peak coal and the new silk road, in: The Ecologist (25. 07. 2017), <https://theecologist.org/2017/jul/25/special-report-china-has-plan-peak-coal-and-new-silk-road> (letzter Zugriff: 27. 06. 2018)
- Dörre, K.** (2013): Kapitalismus im Wachstumsdilemma. Die Verdrängung der ökologischen Krisendimension und ihre Folgen, in: WSI-Mitteilungen 66 (2), S. 149–151, https://www.boeckler.de/wsimit_2013_02_dorre.pdf
- Dörre, K.** (2018a): Imperiale Lebensweise – eine hoffentlich konstruktive Kritik. Teil 1: These und Gegenthese, in: Sozialismus 6/2018, S. 10–13
- Dörre, K.** (2018b): Imperiale Lebensweise – eine hoffentlich konstruktive Kritik. Teil 2: Uneingelöste Ansprüche und theoretische Schwierigkeiten, in: Sozialismus 7–8/2018, S. 65–71

13 Das gilt vor allem für den Kampf um die Konversion des britischen Rüstungsunternehmens Lucas Aerospace (siehe Wuhrer 2007 sowie PROKLA-Redaktion 1980).

- Dörre, K. / Becker, K.** (2018): Nach dem raschen Wachstum: Doppelkrise und große Transformation, in: Schröder, L. / Urban, H.-J. (Hrsg.): Gute Arbeit. Ökologie der Arbeit – Impulse für einen nachhaltigen Umbau, Frankfurt a. M., S. 35–58
- Dörre, K. / Happ, A. / Matuschek, I.** (Hrsg.) (2013): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben, Hamburg
- Europäische Kommission** (2011): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen. Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze. KOM(2011) 25 endgültig, Brüssel
- Eversberg, D.** (2018): Innerimperiale Kämpfe. Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise, in: PROKLA 48 (1), S. 43–53
- Exner, A. / Held, M. / Kümmerer, K.** (Hrsg.) (2016): Kritische Metalle in der Großen Transformation, Heidelberg
- Flemming, J. / Brand, U.** (2017): Positionen internationaler Gewerkschaften in der Klimapolitik, Wien
- Fraunhofer IAO (Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation)** (2018): ELAB 2.0. Wirkung der Fahrzeugelektrifizierung auf die Beschäftigung am Standort Deutschland. Vorabbericht vom 4. 6. 2018, Stuttgart
- Fücks, R.** (2013): Intelligent wachsen. Die grüne Revolution, München
- Gehrke, B. / Horn, G.-R.** (Hrsg.) (2018): 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa, Hamburg
- Groneweg, M. / Pilgrim, H. / Reckordt, M.** (2017): Diesseits der Dematerialisierung. Der Ressourcenbedarf der Industrie 4.0, in: PROKLA 47 (4), S. 623–633
- Hildebrandt, E.** (2000): Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, in: ders. (Hrsg.): Reflexive Lebensführung. Zu den sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit, Berlin, S. 271–310
- Hoering, U.** (2018): Der Lange Marsch 2.0. Chinas Neue Seidenstraßen als Entwicklungsmodell, Hamburg
- Huber, M.** (2013): Fueling capitalism: Oil, the regulation approach, and the ecology of capital, in: Economic Geography 89 (2), S. 171–194
- Hürtgen, S. / Voswinkel, S.** (2014): Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte, Berlin
- IG Metall/Deutscher Naturschutzring** (Hrsg.) (1992): Auto, Umwelt, Verkehr. Umsteuern, bevor es zu spät ist. Verkehrspolitische Konferenz der IG Metall und des Deutschen Naturschutzbundes, Köln
- Jochum, G.** (2016): Kolonialität der Arbeit. Zum historischen Wandel der durch Arbeit vermittelten Naturverhältnisse, in: Barth, T. / Jochum, G. / Littig, B. (Hrsg.): Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, Frankfurt a. M. / New York, S. 125–149
- Kleinhüchelkotten, S. / Neitzke, H.-P. / Moser, S.** (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen), Dessau-Roßlau, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_39_2016_repraesentative_erhebung_von_pro-kopf-verbraeuchen_natuerlicher_ressourcen.pdf (letzter Zugriff: 12. 10. 2016)
- Lessenich, S.** (2016): Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin
- Liebig, S.** (2018): Aktuelle Debatten um sozial-ökologische Arbeits(zeit)politik, DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena: Manuskript, Jena
- Lipietz, A.** (1998): Die politische Ökologie und die Zukunft des Marxismus, in: Krebs, H.-P. (Hrsg.): Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Hamburg, S. 59–76
- Littig, B.** (2012): Von Rio 1992 zu „Rio+20“. Arbeit im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion, in: WSI-Mitteilungen 65 (8), S. 581–588, https://www.boeckler.de/wsimit_2012_o8_littig.pdf
- Martinez-Alier, J.** (2002): The Environmentalism of the poor, Cheltenham
- Marx, K.** (1988 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, MEW, Bd. 23, Berlin
- Mitchell, T.** (2011): Carbon democracy. Political power in the age of oil, London/ New York
- Niedermoser, K.** (2017a): Gewerkschaften und die ökologische Frage – historische Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen, in: Brand, U. / Niedermoser, K. (Hrsg.), a. a. O., S. 29–55
- Niedermoser, K.** (2017b): Gewerkschaften und nachhaltige Konsumstrategien, in: Brand, U. / Niedermoser, K. (Hrsg.), a. a. O., S. 159–192
- PROKLA-Redaktion** (1980): „Die Arbeiter sind nicht bereit, sich einem wahnwitzigen Arbeitstempo zu unterwerfen, um Autos zu produzieren, die von vornherein reif für den Müll sind!“, Round Table der PROKLA-Redaktion mit Gewerkschaftern und Gewerkschafts-Wissenschaftlern zu Problemen der Arbeitsbedingungen, der Technologieentwicklung und der Gewerkschaftspolitik in der ökonomischen Krise, in: PROKLA 10 (2), S. 107–132
- Osterhammel, J.** (2011): Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München
- Quijano, A.** (2016): Kolonialität der Macht, Eurozentrismus, Lateinamerika, Wien
- Rätzkel, N. / Uzzell, D.** (2011): Trade unions and climate change: The jobs versus environment dilemma, in: Global Environmental Change 21 (4), S. 1215–1223
- Rilling, R.** (2011): Wenn die Hütte brennt... „Energiewende“, green new deal und grüner Sozialismus, in: Forum Wissenschaft 28 (4), S. 14–18
- Rosa, H.** (2019): Demokratie und Gemeinwohl. Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung, in: Ketterer, H. / Becker, K. (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte zwischen Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin (im Erscheinen)
- Röttger, B.** (2010): Konversion!? Strategieprobleme beim Umbau kapitalistischer Produktion, in: LuXemburg 3/2010, S. 70–79
- Röttger, B. / Wissen, M.** (2017): Ökologische Klassenpolitik, in: LuXemburg, Spezial „Neue Klassenpolitik“, S. 62–71
- Sablowski, T.** (2018): Warum die imperiale Lebensweise die Klassenfrage ausblenden muss, in: LuXemburg (Mai 2018), <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-die-imperiale-lebensweise-die-klassenfrage-ausblenden-muss> (letzter Zugriff: 15. 06. 2018)
- Sablowski, T. / Thien, G.** (2018): Die AfD, die ArbeiterInnenklasse und die Linke – kein Problem?, in: PROKLA 48 (1), S. 55–71
- Sauer, D. / Stöger, U. / Bischoff, J. / Detje, R. / Müller, B.** (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg
- Schmalz, S. / Dörre, K.** (2014): Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens, in: Industrielle Beziehungen 21 (3), S. 217–237
- Sommer, B. / Welzer, H.** (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München
- UNEP (United Nations Environment Programme)** (2011a): Decoupling natural resource use and environmental impacts from economic growth, o. O.
- UNEP** (2011b): Towards a green economy. Pathways to sustainable development and poverty eradication, o. O.
- Urban, H.-J.** (2018): Ökologie der Arbeit. Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik?, in: Schröder, L. / Urban, H.-J. (Hrsg.): Gute Arbeit. Ökologie der Arbeit – Impulse für einen nachhaltigen Umbau, Frankfurt a. M., S. 329–349
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen)** (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin, <http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation> (letzter Zugriff: 09. 01. 2012)
- Wiedmann, T. O. / Schandl, H. / Lenzen, M. / Moran, D. / Suh, S. / West, J. / Kanemoto, K.** (2013): The material footprint of nations, in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the USA 112 (20), S. 6271–6276
- Wissen, M.** (2016): Jenseits der carbon democracy. Zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, in: Demirović, A. (Hrsg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation, Münster, S. 48–66
- Wright, E. O.** (2010): Envisioning real utopias, London/New York
- Wuhrer P.** (2007): Der Lucas-Plan. Sie planten die bessere Zukunft, in: WOZ – Die Wochenzeitung, 15. 02. 2007, <http://www.woz.ch/0707/der-lucas-plan/sie-planten-die-bessere-zukunft> (letzter Zugriff: 27. 06. 2018)

AUTOREN

ULRICH BRAND, Prof. Dr., Politikwissenschaft, Universität Wien, Fellow am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften des Instituts für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Forschungsschwerpunkte: sozial-ökologische Transformation, internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik, imperiale Lebensweise.

@ ulrich.brand@univie.ac.at

MARKUS WISSEN, Prof. Dr., Sozialwissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, von April bis September 2018 Fellow am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften des Instituts für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Forschungsschwerpunkte: sozial-ökologische Transformation, politische Ökologie, imperiale Lebensweise.

@ markus.wissen@hwr-berlin.de